

PROTOKOLL

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am
Donnerstag, den 07.02.2019,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: UKSuT/010/2019
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 20:37 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

George Trenkler

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller
Karl-Heinz Gerling
Günter Oberschmidt
Michael Weßler

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer
Karin Kattner-Tschorn
Bernhard Schürmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg

Mitglied FDP-Fraktion

Heinrich Thöle

Hinzugewählte

Fritz Mithöfer
Volker Tiemeyer

von der Verwaltung

Stadtbaurat Holger Clodius
Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke
B.Eng. Thilo Richter

ProtokollführerIn

Verw.-Fachangestellte Astrid Kuhn

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 15.11.2018
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Antrag für Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt
Vorlage: 2019/0014
- TOP 7 Antrag zur Untersuchung des geklärten Abwassers auf Mikroplastik und multiresistente Keime
Vorlage: 2019/0012
- TOP 8 Umsetzung einer Deckenerneuerungsmaßnahme und Annahme von Zuwendungen: Hasestraße 30
Vorlage: 2019/0002
- TOP 9 Radweg L94 Wellingholzhausener Straße - Vereinbarungen
Büggerradweg
Vorlage: 2019/0003
- TOP 10 Radweg L95 / L108 Allendorfer Straße - Vereinbarungen
Büggerradweg
Vorlage: 2019/0004
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde bleiben Fragen seitens der anwesenden Zuhörer aus.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in unveränderter Reihenfolge beschlossen. Top 12 als nichtöffentlicher Teil der Gremiumssitzung wird der Tagesordnung hinzugefügt

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 15.11.2018

Das Protokoll vom 15.11.2018 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Große-Johannböcke gibt einen kurzen Abriss über die bereits laufenden und in den nächsten zwei Jahren anstehenden Maßnahmen des Tiefbauamtes:

- In Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative der Radweg an der L 95 (Holterdorfer Straße)
Hier sei die Submission zu dem Planungsauftrag bereits erfolgt;
- Auch für den Bau des Parkplatzes am Feuerwehrhaus in Oldendorf sei die Submission bereits erfolgt, die Auftragsvergabe durch den Verwaltungsausschuss (VA) stehe an;
- Für den Straßenausbau und den Bau des Feuerlöschteiches im Gewerbegebiet Gesmold sei die Auftragserteilung bereits erfolgt, Beginn des Baus bei besseren Wetterbedingungen;
- Der Beginn der Schlammmentwässerung auf der Kläranlage in Gesmold sei für das 1. Quartal 2019 geplant;
- Auch für die Erneuerung der Einlaufpumpe auf der Kläranlage in Bruchmühlen sei der Planungsauftrag bereits erteilt; Beginn der Baumaßnahme voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte;
- Sanierungsmaßnahme auf der Kläranlage Melle-Mitte;
- Die Entwässerung Riemsloh sei Gesprächspunkt auf der nächsten Ortsratssitzung;
- Weiterführung der Erneuerung der veralteten Pumpstationen;
- Weiterführung des Bauprojektes „Eickener Straße“ - mittlerweile 3. Bauabschnitt;
- Auch im Wohnviertel „Gerhart-Hauptmann-Straße“ starte man noch dieses Jahr;
- Der Straßenendausbau im Gewerbegebiet Gerden-Süd sei für nächstes Jahr geplant;
- Für den Straßenendausbau „Gausekamp“ sei der Planungsauftrag erteilt, jedoch besteht hinsichtlich der Bauausführung Abstimmungsbedarf mit einer Baumaßnahme des Landes;
- Der Beginn der Baumaßnahme „Kanal- und Straßensanierung an der Bismarckstraße“ sei für 2020 geplant, die Anliegerversammlungen sollen in 2019 erfolgen;

- Für die Baumaßnahme „Barrierefreiheit auf der Kirchhofburg in Buer“ werde auf Fördergelder des ILE-Antrages gewartet (Infos zu ILE/ILEK auf der Internetseite der Stadt Melle); [Anmerkung zur Protokoll: Die Kirchhofburg Buer ist nicht in das ILE Programm aufgenommen worden.]
- Für die Erschließung des Baugebietes „Neue Mitte Nord“ liefen Vorplanungen;
- Der Start der Baumaßnahmen „Bruche-Ost“ könne jederzeit erfolgen;
- Zudem diverse Klein- und Unterhaltungsmaßnahmen.

Dem Bericht von Herrn Große-Johannböcke schließt sich Herr Richter mit dem Rückblick des Umweltbüros an.

Mittlerweile seien an 12 Standorten E-Ladesäulen eingerichtet worden. Sechs davon seien von der Stadt gefördert und von Drittanbietern betrieben, 3 weitere durch die Stadt Melle finanziert und durch Innogy betrieben und 3 ohne Mitwirkung der Stadt in Betrieb genommen worden. Die Fördergelder seien somit ausgeschöpft.

Großes Interesse hätten die Naturführungen gefunden. Herr Richter berichtet von dem aktuellen Programm, in dem 50 Führungen angeboten würden (im Vergleich zum Vorjahr seien aufgrund der Nachfrage 6 hinzugekommen). 18 aktive Naturführer/innen zeigten Interessierten ein vielfältiges Angebot an Exkursionen, an denen in den Jahren 2007 bis 2018 ca. 7.900 Personen teilgenommen hätten.

Als nächstes stellt er die Info-Broschüre „Förderung der biologischen Vielfalt“, die mit Beginn der Wanderausstellung „Neue Chancen für die Natur“ am 10.12.2018 veröffentlicht wurde, vor. Hier stehe der Artenschutz, besonders im eigenen Lebensumfeld und der persönliche und gemeinsame Nutzen daraus, im Vordergrund. (s. <https://www.melle.de/info>)

Herr Richter präsentiert Ergebnisse der KLA Melle (Kooperation Lebensraum- und Artenschutz Melle – finanziert zu 80% aus Mitteln des ELER-Fonds der Europäischen Union und des Landes Niedersachsen), in denen z.B. das Fischottermonitoring zur Ausarbeitung von möglichen Maßnahmen geführt habe, die aktuell von den Teilnehmern geprüft würden. Außerdem würde in diesem Jahr erstmalig der Artenschutzpreis für das besondere Engagement eines Landwirtes für den Artenschutz auf der Jahreshauptversammlung des Kreisvolkverbandes am 19.02.2019 verliehen.

Herr Richter informiert über den aktuellen Stand der Baumkatastererfassung, die sich auf die geschätzte Hälfte des Baumbestandes mit ca. 6.000 registrierten Bäumen belaufe. Bei 2.606 davon seien bislang notwendige Pflegemaßnahmen erkannt worden. Die Erfassung solle bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Herr Schürmann wirft ein, dass sich dann wahrscheinlich bis Jahresende die Anzahl der Bäume, bei denen eine Pflegemaßnahme notwendig werde, verdoppelt. Er möchte wissen, ob die Ressourcen hierfür ausreichen und ob bereits Planungen diesbezüglich bestehen.

Herr Clodius bestätigt, dass davon auszugehen sei, dass durch die anstehende Baumpflege viel Zeit aufgewendet werden müsse, die tatsächliche Entwicklung jedoch nicht konkret absehbar sei und deshalb auch noch keine Mittel im Haushaltsplan hierfür reserviert seien. Nach Abschluss der Baumerfassung müsse evtl. geprüft werden, ob auch eine Fremdvergabe sinnvoll sei.

Herr Richter führt seinen Bericht fort und erläutert Maßnahmen zum Amphibienschutz. Durch die engagierte Mitarbeit vieler Ehrenamtlicher seien in Zusammenarbeit und Koordination mit dem Umweltbüro in 2018 an einer Sammelstrecke von 3.650m an 15 Sammelstellen mehr als 14.000 Amphibien gerettet worden.

Frau Meier möchte hierzu wissen, ob auch bei baulichen Veränderungen die Strecken der Amphibienwanderung angepasst würden. So seien z.B. durch das RRB Schwanemühle / altes Schwimmbad in Gerden die Route der jungen Tiere dahingehend verändert, dass diese direkt über Feld und Weg Richtung Westen wanderten und am Maschweg an der für sie unüberwindbaren hohen Bordsteinkante scheiterten. Falls sie den abgesenkten Bordstein an den Einfahrten auf dem Gelände der Firmen erreichten, kämen sie vermutlich aufgrund irgendwelcher Mauern oder Wände nicht weiter) oder landeten im Gully.

Herr Richter baut hier auf die Mitteilungen der Ehrenamtlichen, die Veränderungen beobachten und weitergeben würden. Im konkreten Fall bittet er um einen Ortstermin, um sich ein Bild machen zu können.

Herr Große-Johannböcke ergänzt, dass bei der Neugestaltung von Straßen durchaus auch der Amphibienschutz bedacht würde und z.B. Faserbetonleitwände an Strecken eingeplant würden, wo mit Krötenwanderungen zu rechnen sei.

Herr Richter berichtet weiter über die Umsetzung der Kompensationsverpflichtungen. Für 2019 plant er die Verwirklichung von 80%, bei erfolgreicher Umsetzung aller geplanten Maßnahmen würden sogar 90% erreicht.

Er beendet seinen Bericht und kündigt Ausführungen zu den Aufgabenbereichen des Umweltbüros für die nächste Ausschusssitzung an.

Der Vorsitzende dankt den Vortragenden und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Da es sich bei dem Tagesordnungspunkt 6 um den Antrag Bündnis 90/Die Grünen handelt, bittet Herr Trenkler seinen Stellvertreter Herrn Weßler um die temporäre Übernahme des Vorsitzes.

TOP 6 Antrag für Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt
Vorlage: 2019/0014

Herr Trenkler stellt den Antrag seiner Fraktion kurz vor:

- Bestehende städtische Schotterbeete könnten so umgestaltet werden, dass beispielsweise die Hälfte als Beet bepflanzt würden. Info Tafeln könnten den Unterschied verdeutlichen (Vorher/Nachher)
- Die städtischen Gärtner sollten insbesondere für Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt geschult werden
- Beim Kauf von Pflanzen und Bäumen sollte auf die ökologische Wertigkeit geachtet werden
- Auf Blumenkübel sollte möglichst verzichtet werden – bei den verbleibenden sollte die Bepflanzung unter ökologischen Gesichtspunkten erfolgen
-

Herr Clodius weist auf die bereits im letzten Jahr getroffenen Beschlüsse zum Beitritt des Bündnisses der Kommunen für biologische Vielfalt und der insektenfreundlichen Blühwiesen hin. Bei der Umsetzung dieses großen Paketes an Maßnahmen müsse ein sinnvoller Umgang mit den Kapazitäten der Verwaltung erfolgen. Im gesamten Verwaltungshandeln würde bereits aktuell auf die neuen Herausforderungen wie z.B. den Klimawandel, eingegangen. Die ökologischen Aufgaben seien mit im Fokus, auch wenn die Umsetzung zum Teil nur schrittweise erfolgen könne.

Herr Oberschmidt stimmt den Ausführungen von Herrn Clodius zu und hält den Antrag darum zum jetzigen Zeitpunkt für überflüssig. Es seien Leitlinien aufgestellt worden, an denen sich das Handeln nun orientieren könne.

Herr Mittelberg unterstützt den Antrag der Grünen. Sein Wunsch sei es, dass nicht alle Erwägungen ausschließlich von der ökonomischen Machbarkeit geprägt seien, sondern auch der ökologische Nutzen ausreichend berücksichtigt würde.

Herr Schürmann äußert sich differenziert zu dem Antrag der Grünen. Er befürwortet die Umgestaltung und Bepflanzung von Schotterbeeten, möchte aber nicht auf gestalterische Elemente bei der Pflanzung verzichten. Als Beispiel nennt er das Bepflanzen der Kübel mit Geranien, die sicherlich nicht so ökologisch wertvoll seien, wie andere aber zum Stadtbild (z.B. zum Geranienmarkt) beitragen.

Frau Meier macht deutlich, dass auch sie sehe, dass die Stadt Melle durch die bereits getroffenen Beschlüsse auf einem guten Weg sei und lobt das zunehmende Umweltbewusstsein. Dennoch habe die Stadt Vorbildfunktion, die eine Signalwirkung entfalte. Ihres Erachtens ist die ökologische Umgestaltung der Beete/Kübel auch finanziell machbar. Als Beispiel nennt sie das Schotterbeet vor dem Amt für Familie, Bildung und Sport am Engelgarten. Dort könne leicht eine Umgestaltung erfolgen. Auch seien die Anforderungen an die gewünschten pollen- und nektarspendenden mehrjährigen Pflanzen gar nicht so hoch. Geranien gehörten nicht dazu, allerdings hätte sie diese auf dem Geranienmarkt in den letzten Jahren auch nicht mehr entdecken können. Sie gibt den Aufwand für die Blumenkübel zu bedenken, die der ganzjährigen Pflege und Bewässerung bedürften. Hier hätten Beete mit mehrjähriger Bepflanzung deutliche zeitliche und finanzielle Vorteile.

Herr Tiemeyer weist auf die hohe Bedeutung der Gestaltung der kommunalen aber auch privaten Siedlungsflächen hin. Im Gegensatz zur Landwirtschaft sei dort weniger ökonomischer Druck, um ökologische Maßnahmen durchzuführen, trotzdem sei der Anteil an der Gesamtfläche mit 10-15% bedeutend. Er hinterfragt außerdem die Wirtschaftlichkeit der einjährigen/saisonalen Bepflanzung und schlägt vor, gezielt einzelne Flächen herauszusuchen, bei denen die Pflege der Pflanzen heruntergefahren werden könne und z.B. ohne Mähen „belassen“ werden. Er bietet an, diese Maßnahmen durch die SON mit 2.000,00 Euro zu unterstützen, möchte dann aber auch ein Mitspracherecht der Stiftung bei der Umsetzung.

Herr Trenkler äußert sein Verständnis zu den Bedenken der Verwaltung, meint aber, dass sich langfristig durch eine mehrjährige Bepflanzung der finanzielle und personelle Aufwand reduziere. Er führt die Bewässerungskosten, die Kosten für die saisonale Ersatzbepflanzung und den Personalaufwand hierfür auf. Darum sehe er aktuell den Handlungsbedarf zur Änderung und glaube nicht an einen damit verbundenen erhöhten Ressourcenaufwand.

Beifall findet der Antrag bei Frau Kattner-Tschorn mit der Einschränkung, dass das Wort „ausschließlich“ im Wortlaut des 3. Punktes des Antrages wegfallen solle. Auch sie sieht die Bepflanzung im Meller Stadtgebiet als verbesserungswürdig an.

Herr Altemöller unterstützt die Ausführungen von Herrn Clodius. Er weist auf die eigenständige Kompetenz der Stadtgärtner und dessen zunehmende Arbeitsbelastung hin.

Auch Herr Thöle hält den Antrag in der Form für entbehrlich. Er gibt die Fluktuationen im Umweltbüro zu bedenken. Ständig neue Anforderungen führten zu neuen Belastungen. Er befürwortet zwar einzelne Maßnahmen, wie die Umgestaltung der Kreuzung Riemsloher Str./Engelgarten/Breslauer Str. in Kooperation mit der SON, jedoch möchte er diese schrittweise umsetzen.

Herr Gerling unterstützt Herrn Thöle in seinen Ausführungen. Er weist auf den Antrag der SPD zu der neuen Bauordnung, in dem die Neuanlage von Schottergärten verboten sei, hin. Zudem bestreitet er, dass die Pflege mehrjähriger Stauden weniger zeitintensiv sei, wie die Pflege der momentanen Bepflanzungen.

Frau Meier widerspricht Herrn Gerling. Als Gärtnerin könne sie beurteilen, dass der Zeitaufwand für die Pflege mehrjähriger Pflanzen im Mittel geringer ausfallen würde.

Herr Schürmann ergänzt, dass es in dem von Herrn Gerling angeführten Beschluss zum Verbot von Schottergärten, um die Neuanlage gehe. Der Antrag der Grünen jedoch betreffe die bereits vorhandenen öffentlichen Anlagen. Er stehe dem Antrag prinzipiell positiv

gegenüber, stört sich jedoch an dem im Punkt drei aufgeführten „ausschließlich“ und würde es gerne durch das Wort „vorwiegend“ ersetzen.

Herr Trenkler erklärt, dass der Antrag der Grünen keine Aufbürdung von neuen Aufgaben bedeuten solle. Er möchte erreichen, dass gewohnheitsmäßige Strukturen überdacht und ggf. sensibel umgestaltet würden.

Herr Tiemeyer bekräftigt den zeitsparenden Effekt der Pflege von Stauden und anderen mehrjährigen Pflanzen und weist auch auf die Geldersparnis hin. Er schlägt vor, zumindest einen Anteil von 1/3 oder ¼ der betreffenden Beete auf die Möglichkeit der Umgestaltung zu prüfen. Vorteile sieht er auch in der Möglichkeit, größere Intervalle beim Mähen auf vorher ausgewählten städtischen Flächen, einzuhalten.

Herr Clodius möchte den Aufwand, auch in Hinblick auf das Angebot des SON, prüfen. Die Zusammenarbeit könne eine Bereicherung für beide Seiten bedeuten. Zudem stehe durch eine in 2019 durchzuführende Untersuchung des Baubetriebsdienstes, welche Arbeitsfelder mit welchem Aufwand bearbeitet werden sollen, thematisch auch der Ressourceneinsatz der Stadtgärtner im Fokus. Die durchzuführende Untersuchung ginge voraussichtlich zunächst vom „Ist“-Bestand der zu unterhaltenden Flächen aus, eine Prognose sei schwierig, da diese abhängig sei von der Erschließung neuer Baugebiete und den daraus resultierenden Folgelasten auf öffentlicher Fläche.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Weßler möchte vom Antragsteller, Herrn Trenkler, wissen, ob er mit einer geänderten Fassung des Antrages, in dem Punkt 2 „Schulung der Stadtgärtner“ und das Wort „ausschließlich“ im letzten Punkt entfallen, einverstanden sei. Dieser bejaht die Frage.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bestehende Schotterbeete die sich auf städtischem Grund befinden, so umzugestalten, dass sie den Zielen der biologischen Vielfalt entsprechen und den Bürgern vorbildlich zeigen, welche Möglichkeiten der ökologischen Bepflanzung bestehen. Info-Tafeln könnten entsprechende Unterstützung bieten.
2. Beim Kauf von Blumen, Sträuchern und Bäumen werden ökologisch wertvolle Pflanzen gewählt (pollen- und nektarspendende Pflanzen, die auch als Nahrungsquelle für Vögel dienen).
3. Auf Pflanzkübel soll verzichtet werden. Falls diese doch bestehen bleiben, sollen diese der biologischen Vielfalt entsprechend bepflanzt werden.

TOP 7 Antrag zur Untersuchung des geklärten Abwassers auf Mikroplastik und multiresistente Keime Vorlage: 2019/0012

Herr Trenkler stellt den Antrag seiner Fraktion vor:

- Auftrag an die Verwaltung zur Untersuchung des geklärten Abwassers auf Antibiotika, MRSA [Anmerkung zu Protokoll: MRSA = Methicillin resistenter Staphylococcus aureus, mit anderen Worten: das Bakterium ist resistent gegen Methicillin.] und Mikroplastik

- Verwaltungsinterner Verzicht auf mikroplastikplastikenthaltende Produkte insb. Reinigungs- und Pflegemittel und Verpflichtung externer Unternehmen und Lieferanten hierzu
- Information der Bevölkerung zu der Umwelt- und Abwasserbelastung durch unsachgemäße Entsorgung von problematischen Stoffen und Vorschläge für einen besseren Umgang damit

Herr Clodius berichtet, dass gerade das Thema Mikroplastik in der Öffentlichkeit und Fachverbänden aktuell intensiv diskutiert würde. Welche Anforderungen eine evtl. 4. Klärstufe erfüllen müsse (die zur Reinigung des Abwassers von Antibiotika, multiresistenten Keimen und Mikroplastik eingesetzt würde), sei derzeit nicht abzusehen und deshalb auch nicht planbar. Es gäbe keine Standards, keine klaren Vorgaben zur Analytik und daher nur bedingt vergleichbare Studien.

Er hinterfragt außerdem den Erkenntnisgewinn bei einer Untersuchung, da eine 4. Reinigungsstufe momentan an der Flächenverfügbarkeit scheitere.

In der Information der Bevölkerung sieht er dagegen ein hohes Potenzial, welches auch zeitnah z.B. durch den Internetauftritt der Stadt Melle umgesetzt werden könne.

Ob bei der Auswahl von Reinigungsmitteln auf den Einsatz von mikroplastikhaltigen Produkten verzichtet werden könne, sei noch unklar, insbesondere auf den Kläranlagen, da dort besondere Anforderungen bestehen würden.

Herr Große-Johannböcke fügt hinzu, dass selbst in der Fachwelt die Definition von Mikroplastik unscharf sei. Ob es sich um Partikel in μm - oder nm -Größe handle und in welchen Verfahren diese nachzuweisen seien, sei noch nicht einheitlich geklärt.

Die Abwässer, welche auf der Kläranlage ankommen, würden zunächst durch die Rechenanlage grob gereinigt. Der in den darauffolgenden Klärung anfallende Klärschlamm würde aufgrund der aktuellen Düngemittelverordnung fast ausschließlich verbrannt. Welche Inhaltsstoffe in dem geklärten abfließenden Wasser verblieben, sei nicht sicher.

Untersuchungen hätten jedoch ergeben, dass der Versuch, diese Stoffe durch UV-Strahlung oder Ozon-Behandlung unschädlich zu machen eher dazu führte, dass diese in noch schädlichere und aggressivere Restprodukte umgewandelt würden. Als voraussichtlich wirksame Methode habe sich der Einsatz von Aktivkohlefiltern erwiesen. Die Entwicklung dieser Methodik sei momentan aber nicht ausgereift, die Installation zum jetzigen Zeitpunkt deshalb nicht wirtschaftlich.

Bei der Suche nach Quellen für besondere Abwasserbelastungen hätte man zunächst die Altenheime und Krankenhäuser im Fokus gehabt. Das Ergebnis habe allerdings gezeigt, dass neben diesen auch Privathaushalte und Firmen Verursacher seien. Die Information der Bevölkerung halte er aus diesem Grunde für vorrangig und zudem leicht umzusetzen. Eine spezielle Verunreinigung einer Firma durch Monolinuroneinleitungen sei durch die Entsorgung des Stoffes durch eine geänderte Entsorgungsmethode (Verbrennung) mittlerweile gestoppt.

Herr Ballmeyer möchte wissen, ob das geklärte Wasser (Vorfluter) noch durch den Landkreis geprüft würde.

Herr Große-Johannböcke antwortet, dass 12x jährlich in unregelmäßigen Abständen Gewässerproben durch den Landkreis entnommen würden. Geprüft würde u.a. auf Stickstoff, Phosphate, Nitrate und Schwermetalle.

Zudem berichtet er, dass am kommenden Montag zwei Schüler des Gymnasium Melle im Rahmen der Aktion „Jugend forscht“ auf der Kläranlage Melle-Mitte Untersuchungen i.S. Mikroplastik durchführen wollten. Die Untersuchungen würden durch eine Chemielehrerin unterstützt.

Herr Mittelberg stimmt den Punkten 2 und 3 des Antrages der Grünen vorbehaltlos zu und schlägt für den ersten Punkt des Antrages folgende Umformulierung vor:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und welche Methoden geeignet sind, multiresistente Keime, Antibiotika und Mikro-Plastik nachzuweisen und diese Methoden der Politik vorzustellen.

Herr Gerling hält die Untersuchung des Klärwassers auf die benannten Schadstoffe zum aktuellen Zeitpunkt für sinnlos, da es keine Vergleichsmöglichkeiten gäbe, Frau Meier argumentiert dagegen, dass durch eine Untersuchung zumindest ein „Ist-Wert“ als Vergleichswert gewonnen würde.

Herr Mittelberg und Herr Schürmann befürworten die Erarbeitung einer Untersuchungsmethodik durch die Verwaltung, Herr Trenkler stimmt diesem Vorschlag und der damit verbundenen Änderung im Antrag unter Punkt 1 zu, er verzichtet auf Punkt 2 des Antrages.

Auch Herr Gerling befürwortet den geänderten Antrag.
Herr Weßler fasst den Antrag noch einmal zusammen und bittet um Abstimmung.

Herr Trenkler übernimmt den Vorsitz nach erfolgter Abstimmung und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, *ob und welche Methoden geeignet sind, multiresistente Keime, Antibiotika und Mikro-Plastik nachzuweisen und diese Methoden der Politik vorzustellen.*
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Bevölkerung über die Belastung der Kläranlagen und der Umwelt durch problematische Stoffe zu informieren und Vorschläge für Verhaltensänderungen anzubieten. (z.B. keine Medikamente in die Toilette entsorgen)

TOP 8 Umsetzung einer Deckenerneuerungsmaßnahme und Annahme von Zuwendungen: Hasestraße 30 Vorlage: 2019/0002

Herr Große-Johannböcke informiert:

Die Hasestraße sei eine nicht gewidmete geschotterte Verbindungsstraße zwischen Borgholzhausen und Wellingholzhausen. Die Anlieger wünschten sich eine Asphaltierung und seien auch zur Übernahme eines Kostenanteils bereit. Der Ortsrat Wellingholzhausen stimmte dem Antrag nach Beratung zu, nun stehe die Zustimmung des Gremiums Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau, Verwaltungsausschuss und Rat aus, um die Geldzuwendung rechtmäßig annehmen zu können und die Baumaßnahme umzusetzen.

Herr Mittelberg ergänzt, dass er die Zustimmung der UWG nur aus Gründen des Respekts vor den Anwohnern und dem Ortsrat gäbe, dass er sich aber mehr Transparenz bezüglich der Höhe der tatsächlichen Geldwerte nach erfolgter Maßnahme wünsche.

Alle Gremiumsmitglieder stimmen der Vorlage zu

**TOP 9 Radweg L94 Wellingholzhausener Straße - Vereinbarungen
Bürgeradweg
Vorlage: 2019/0003**

Herr Große-Johannböcke informiert:

Bei dem geplanten Radweg handele es sich um die 3,5 km lange offene Verbindung zwischen Wellingholzhausen und Melle an der Landesstraße L94 (Wellingholzhausener Str.). Die Bürgerinitiative trage die Planungskosten in Eigenleistung, die Durchführung der Baumaßnahme erfolge durch das Land Niedersachsen. Das Land schliesse jedoch keine Verträge mit Bürgerinitiativen, da diese sich u.U. auflösen könnten und das Land daraus entstehende Risiken nicht übernehmen möchte. Daher fungiere hier die Stadt Melle als Mittelsmann. Die Bürgerinitiative schliesse zur Durchführung der Planung einen Vertrag mit der Stadt Melle, die Bauausführung würde vertraglich zwischen der Stadt Melle und dem Land Niedersachsen geregelt.

Herr Weißler lobt den Einsatz der Bürgerinitiative (BI) und hält die vorgetragene vertragliche Regelung für schlüssig.

Dem schließt sich auch Herr Thöle an. Durch Begeisterung und Engagement der BI sei die Umsetzung des Radwegebaus auf der Prioritätenliste des Landes aufgerückt. Dieses Engagement solle durch die Stadt Melle gefördert werden.

Herr Schürmann, Frau Meier und Herr Mittelberg schließen sich den lobenden Worten an.

Herr Trenkler bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Verwaltungsausschuss genehmigt den Abschluss von Vereinbarungen zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Melle sowie zwischen der Stadt Melle und der Radwegeinitiative „Radweg L94 Himmern e.V.“ zur Planung eines Bürgeradweges an der L94 Wellingholzhausener Straße.

**TOP 10 Radweg L95 / L108 Allendorfer Straße - Vereinbarungen
Bürgeradweg
Vorlage: 2019/0004**

Herr Große-Johannböcke informiert:

Bei dem geplanten Radweg läge eine ähnliche Ausgangssituation vor. Es handele sich um eine offene Strecke von 10km, die z.T. auf niedersächsischem, z.T. auf westfälischem Gebiet läge (6,5 km auf Meller Gebiet). Auf westfälischer Seite, wurde der Bau bereits genehmigt, für den niedersächsischen Anteil habe sich eine Bürgerinitiative (BI) gegründet, die ähnlich wie im o.g. Fall die Planungskosten in Eigenleistung trage. Das Land schliesse jedoch keine Verträge mit Bürgerinitiativen, da diese sich u.U. auflösen könnten und das Land daraus entstehende Risiken nicht übernehmen möchte. Daher fungiere auch hier die Stadt Melle als Mittelsmann. Die Bürgerinitiative schliesse zur Durchführung der Planung einen Vertrag mit der Stadt Melle, die Bauausführung würde vertraglich zwischen der Stadt Melle und dem Land Niedersachsen geregelt.

Her Weißler plädiert auch hier für die Zustimmung zum Projekt, Herr Thöle und Frau Meier schließen sich an. Auf die Frage von Frau Meier nach einer Lösung für die Kreuzung des Radweges mit der Autobahn, antwortet Herr Große-Johannböcke, dass dies wohl ein zentraler Punkt der Planungsstudie werde.

Herr Trenkler bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Verwaltungsausschuss genehmigt den Abschluss von Vereinbarungen zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Melle sowie zwischen der Stadt Melle und der Radwegeinitiative „Radweg L95/L108 Allendorfer Straße e.V.“ zur Planung eines Bürgeradweges an der L95/L108 Allendorfer Straße.

TOP 11 Wünsche und Anregungen

Frau Meier möchte gerne für interessierte Bürger eine Information, wann Wald gerodet werden darf.

Außerdem spricht sie folgende Punkte an:

1. Die Apfelbäume an der Hoyeler Str - sie habe sich den Zustand der Bäume angeschaut: sie seien zwar alt, aber nicht abgängig. Ob diese Bäume wirklich gefällt werden müssten?
2. Die Bäume an der Langen Str./St. Annener Str./L95 (Stand der Pflegearbeiten des Landes)
3. Das abgeholzte Wäldchen am Baustoffhandel an der Riemsloher Str., vor dem Hasekampsweg. Ob dieses im Privatbesitz gewesen sei?
4. Sachstand zur Neuanpflanzung von Linden vor dem Stadthaus
5. Verwendung von Streusalz – warum einerseits die Bürger informiert und aufgefordert seien, bei Frost und Glätte abstumpfende Granulate zu verwenden, andererseits aber seitens der Stadt Salz gestreut worden sei. Sie verweist auf Fotos des Meller Kreisblattes und die Vorbildfunktion der Stadt.

Zu Punkt 1) es ist für den 14.02.2019 ein gemeinsamer Ortstermin vereinbart, an dem Vertreter des Orsrates und der Verwaltung teilnehmen

Zu Punkt 2) informiert Herr Große-Johannböcke, dass nach Auskunft des Landes Niedersachsen an der L 95 Pflegemaßnahmen, wie Ersatzbepflanzungen, erfolgen würden. In welcher Art diese jedoch vorgenommen würden, bliebe noch offen.

Zu Punkt 3) Erläutert Herr Weißler, dass es zurzeit viele abgeholzte Flächen gäbe. Momentan würde aber kein Waldbesitzer grundlos Holz schlagen, da der Preis niedrig sei und die Besitzer verpflichtet seien, neu aufzuforsten. Es handele sich meist um Schäden durch Schädlinge oder Sturm.

Zu Punkt 4) Mit dem Stadtgärtner ist die Ersatzbepflanzung mit drei Ahornbäumen besprochen worden, die bei entsprechender Witterung einsetzt werden.

Zu Punkt 5) Herr Clodius bittet um Zusendung der Fotos.

Herr Trenkler beendet um 20:37 Uhr den offiziellen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den zuhörenden Bürgern und bittet diese, die Sitzung zu verlassen.

gez.
George Trenkler
Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

gez.
Holger Clodius
Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

gez.
Astrid Kuhn
Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)